

Kampf gegen Hate Crime

Ärztin: „Hetzjagd auf medizinisches Personal“



Ärztinnen und Ärzte in Österreich: Oft erschöpft und immer mehr bedroht
(Bild: WavebreakMediaMicro/stock.adobe.com)

Der Staat will mehr gegen Hassverbrechen unternehmen. Besonders, aber nicht nur, sind Mitarbeiter in Gesundheitsberufen derzeit die Zielscheibe von Hass. Die Wiener Medizinerin Regina Ewald berichtet über eine gefährliche Minderheit und über Anfeindungen von Ärzten und medizinischem Personal.

Der Fall Lisa-Maria Kellermayr erschütterte Österreich und sorgte international für Schlagzeilen. Eine junge Impfärztin wurde durch Hasskommentare und Morddrohungen von Tastatur-Halbstarcken in den Tod getrieben. Verbrechen aus Hass oder Vorurteilen gibt es schon lange - durch Corona sind die Zahlen aber noch einmal in die Höhe geschossen.

Im Zeitraum von Jänner bis Dezember 2021 wurden in Österreich durch die Polizei 5464 vorurteilsmotivierte Straftaten - sogenannte Hate Crimes - erfasst. Nun will sie der Staat mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rücken und mit einem Seminar auch Personen abseits der Exekutive sensibilisieren. Zusammen mit dem Österreichischen Integrationsfonds hat das Innenministerium ein neues Kurskonzept entwickelt. Bei einem ersten Termin wurden neben Polizisten auch Mitarbeiter des Gesundheitswesens oder des Arbeitsmarktservice auf das frühe Erkennen von möglichen „Hate Crimes“ geschult.

Besondere Brutalität

Der Hintergrund: Vorurteilsmotivierte Straftaten sind gerichtlich strafbare Handlungen, die

aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Zugehörigkeit des Opfers zu einer Gruppe vorsätzlich begangen werden. Diese Verbrechen haben stärkere Auswirkungen als andere Straftaten. Juristin Johanna Eteme vom Innenministerium: „Sie zeichnen sich bedauerlicherweise oft durch eine besondere Brutalität aus, und nicht aufgeklärt, kann sich die Stimmung in der Gesellschaft schnell aufschaukeln.“ Daher gab es in diesem Bereich in den vergangenen Jahren einige Pilot- und Forschungsprojekte. „So haben wir die Ermittlungsarbeit und die Erfassung stark verbessert. Wir haben auch neun besonders schutzwürdige Gruppen definiert“, so Eteme.

Jetzt soll das Thema in der Öffentlichkeit stärker in den Fokus rücken, denn noch immer ist die Zahl der nicht angezeigten Fälle extrem hoch. Doch welche Möglichkeiten haben Opfer? Eine Beleidigung einer Person einer dieser neun Gruppen ist ein Ermächtigungsdelikt. „Was heißt das? Ich muss als Opfer nur zur Polizei gehen und sagen, ich möchte, dass das verfolgt wird, dann muss die Polizei sofort Ermittlungen einleiten“, rät die Juristin.

„Hetzjagd auf medizinisches Personal“

Über die Bedrohungen sprechen Mediziner selten öffentlich. Die Wiener Ärztin Regina Ewald berichtet über betroffenes Gesundheitspersonal in Nöten und fordert massiv mehr Solidarität ein: „Jetzt erst recht!“



Ärztin Regina Ewald warnt vor Hetze gegen Gesundheitspersonal
(Bild: Pressetherapeut)

„**Krone**“: *Wie nehmen Sie die aktuelle Lage wahr?*

Dr. Regina Ewald: Es ist eine besorgniserregende Entwicklung. Feuerwehren müssen Schaulustige vom Unfallort fernhalten und werden dafür beschimpft und beleidigt. Rettungsfahrer müssen Hupkonzerte über sich ergehen lassen, wenn sie beim lebensrettenden Einsatz die Unfallstelle absperren. Seit Corona werden auch Ärzte und Pflegepersonal immer öfter einer regelrechten Hetzjagd ausgesetzt. Dies oft völlig irrational, einfach nur, weil bestimmten Menschen Impfungen nicht passen oder Schutzmasken getragen werden müssen, oder weil die Helfer und Assistenten im Dauereinsatz nicht mehr lächeln können.

Der Fall Kellermayr ist Ihnen vermutlich bekannt. Sie gehen dennoch in die Öffentlichkeit. Haben Sie Bedenken?

Ich kenne den Fall natürlich. Ich dachte mir aber auch: Jetzt erst recht! Eine kleine Minderheit tut alles, um die Arbeit von Hunderttausenden Helfern zu verurteilen, zu stören, zu sabotieren. Das ist nur krank und blinder Wahnsinn, um die eigene Befindlichkeit und pathologisches Geltungsbedürfnis zu befriedigen. Wo bleibt die Solidarität? Wo bleibt der Gemeinschaftssinn, der unsere Gesellschaft auszeichnete? Nur solidarisch ist ein Zusammenleben möglich.

Haben Sie ebenfalls schon diese Erfahrungen gemacht?

In dieser Heftigkeit zum Glück noch nicht. Unsere Patienten haben viel Verständnis. Aber natürlich sind nach über zwei Jahren Pandemie die Nerven bei vielen angespannt. Wir leben in einer Demokratie, nicht in einer Anarchie. Wir von der Primärversorgung Donaustadt fordern wieder Solidarität und Unterstützung für alle freiwilligen, ehrenamtlichen und beruflichen Helferinnen und Helfer.